

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13003. — **Verlag** in Leipzig, Tauscher Straße 10/21 — **Telefon** 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Zum Schutze der Republik.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

### Artikel I.

#### § 1.

Beamte, im öffentlichen Dienst, Angestellte und Angehörige der Wehrmacht, die

- a) monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden,
- b) auf Personen, die ihnen dienstlich unterstellt sind oder die sie zu unterrichten oder zu erziehen berufen sind oder mit denen sie aus dienstlicher Veranlassung in Verbindung treten, im Sinne monarchistischer Auffassungen einwirken,
- c) die Kraft ihres Amtes ihnen zugewiesenen Einrichtungen in den Dienst monarchistischer Bestrebungen stellen,
- d) als Dienstvorschriften Handlungen der zu a) bis c) bezeichneten Art dulden,
- e) die Leistung des Eides auf die Verfassung verweigern,

werden aus dem Dienst entlassen.

#### § 2.

Die Entlassung wird durch die Reichsregierung ausgesprochen. Ein förmliches Disziplinarverfahren findet nicht statt.

#### § 3.

Gegen die Entlassung steht dem Betroffenen der Einspruch bei einem vom Reichstag aus seiner Mitte einzusetzenden Ausschuss zu. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

#### § 4.

Die Dienstentlassung hat den Verlust der aus der Dienststellung hervorgehenden Rechte, insbesondere der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenberechtigung zur Folge.

#### § 5.

Beamte und Angehörige der Wehrmacht dürfen außerhalb des Dienstes keine Waffen tragen.

#### § 6.

Ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht sind zum Tragen der Militäruniform nicht berechtigt.

#### § 7.

Zwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 5 und 6 werden mit Haft bestraft.

### Artikel II.

Die §§ 80, 81 Ziffer 1, 94, bis 101, 103 des Strafgesetzbuches \* § 71 der Strafprozessordnung, § 4 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung, die §§ 375 letzter Absatz, 470 Abs. 2, 482 der Zivilprozessordnung, § 5 des Einführungsgesetzes zur Zivilprozessordnung und § 5 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz werden aufgehoben. Im § 81 Ziffer 2 des Strafgesetzbuches werden die Worte „oder die in demselben bestehende Thronfolge“, im § 102 des Strafgesetzbuches die Worte „oder dessen Landesherren“ und „oder einem Bundesfürsten“ gestrichen, im § 103 des Strafgesetzbuches die Worte „einem Bundesfürstlichen Hof“ durch die Worte „bei einem der Länder“ ersetzt.

### Artikel III.

Landgerichte dürfen nicht eingesetzt werden. Bestehende Landgerichte (bayerische Volksgerichte) sind aufgehoben.

### Artikel IV.

#### § 1.

Das Vermögen der früheren Landesherren, der früheren Landesherrenlichen Familien und der Mitglieder dieser Familien wird ohne Entschädigung dem Reiche für verfallen erklärt. Die Verfallserklärung wirkt als Veräußerungsverbot zugunsten des Reichs. Sie betrifft das hausgesetzlich gebundene und das freie Privatvermögen.

#### § 2.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geht die Vermögensverwaltung auf den Reichsminister der Finanzen über.

#### § 3.

Das Reinertrags des auf Grund dieses Gesetzes dem Reiche verfallenen Vermögens ist zur Hälfte für die durch den Weltkrieg in ihrer Gesundheit Geschädigten oder ihres Ernährers verbrauchten Reichsangehörigen zu verwenden.

#### § 4.

Nähere Bestimmungen zur Durchführung der §§ 1 bis 3 werden durch Reichsgesetz getroffen.

### Artikel V.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

## Wahl der Richter durch das Volk.

Die Fraktion der USP. im Reichstag beantragt, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den die Rechtspflege in Strafsachen folgendermaßen geregelt wird:

Die Rechtspflege erfolgt nur durch Geschworene. Die Geschworenen (Männer und Frauen) entscheiden über Umfang der Beweisaufnahme, über Schuld und über Strafmaß nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Wahl der Geschworenen durch das Volk nach dem allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht und nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems. Ausreichende Entschädigung der Geschworenen.

Die Tätigkeit des Verhandlungsleiters beschränkt sich auf die technische Durchführung des Prozesses.

Berufung in allen Strafsachen zugunsten des Angeklagten.

\* Diese Paragrafen betreffen hochverräterische Handlungen gegen Kaiser und Landesfürsten und Beleidigungen von Monarchen und Angriffe auf diese Personen. Die Red.

## Die Unabhängige Sozialdemokratie gegen die Ausnahmezustände.

Antrag im Reichstag für Reich und Bayern.

Die Fraktion der USP. im Reichstag hat folgenden Antrag eingebracht:

Antrag Ledebour und Genossen: 1. Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag verlangt die Außerkräftsetzung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921.

2. Der Reichstag verlangt die Außerkräftsetzung der von der bayerischen Regierung auf Grund des Artikels 48 Abs. 4 der Reichsverfassung getroffenen Maßnahmen.

## Die Steuervorlagen im Reichstag.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Beratungen der Steuervorlagen im Reichstag werden erst Ende Oktober stattfinden können. Der Reichsrat erwartet zur Zeit ein Gutachten des Reichswirtschaftsrates über die neuen Besteuerungsfragen. Erst nach Erstattung dieses Gutachtens können die Steuerberatungen im Reichsrat abgeschlossen werden. Das gesamte Steuerbudget wird dann gegen Mitte Oktober in Druck gegeben, so daß der Reichstag die Steuerberatungen aller Voraussetzungen nach am 25. Oktober aufnehmen kann.

## Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Berlin, 28. September. (M.) Der Reichsrat des Reichstages beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag vor der Plenarsitzung mit dem Arbeitsprogramm für die nächsten Tage. Am Mittwoch wird das Unglück in Oppau zur Sprache kommen. Der Donnerstag soll von einer Plenarsitzung freibleiben, damit der Auswärtige Ausschuss den amerikanischen Friedensvertrag behandeln kann und die Fraktionen zu den allgemeinen politischen Fragen Stellung nehmen können. Am Freitag wird die große politische Aussprache beginnen, die an die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und die dazugehörigen Interpellationen anknüpft wird. Am Freitag wird wahrscheinlich auch der amerikanische Friedensvertrag im Plenum behandelt werden. Nach dem Abschluß dieser Debatte soll der Reichstag bis zur Beratung der Steuervorlagen im letzten Drittel des Monats Oktober vertagt werden. — Das Reichstagsgebäude war am Dienstag in den Reichsfarben beflaggt. So wird es nach einer besonderen Anordnung des Reichstagspräsidenten Loebe in Zukunft an allen Tagen, wo Plenarsitzungen stattfinden, gehalten werden, eine Gepflogenheit, die auch von den Parlamenten anderer Staaten gelbt wird.

## Die Regierungsumbildung.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Demokraten sowohl wie Deutsche Volkspartei hielten gestern im Reichstag Fraktionssitzungen ab. Innerhalb der preussischen Fraktion der Deutschen Volkspartei besteht die Meinung, möglichst bald die neue Mehrheit zu schaffen, ohne auf das Reich zu warten. Die Demokraten sind hingegen für gleichzeitige Umbildung der Regierung im Reich und in Preußen. Sie fürchten, daß die Neubildung im Reich ins Stocken kommen könne, wenn man in Preußen mit der Verbreiterung beginne. Die demokratische Fraktion will am Kabinett Wirth festgehalten wissen und verlangt von der Deutschen Volkspartei ein offenes und unabweisbares Bekenntnis zur demokratischen Republik, damit sich nicht das Spiel vom vergangenen Jahr wiederhole.

## Vom Zerfall der kommunistischen Partei.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Levl, Adolf Hoffmann, Däumig, Geyer jun., Düwels, Frau Backhoff und Reich haben sich unter dem Namen kommunistische Arbeitsgemeinschaft zu einer neuen Fraktion zusammengeschlossen. Man rechnet im ganzen auf neun Mitglieder für die neue Fraktion. Gleichzeitig sind Adolf Hoffmann und Däumig auch aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Man wird deshalb in der Bildung der Arbeitsgemeinschaft wohl den ersten Versuch zu einer neuen Parteigründung erblicken dürfen. Däumig und Hoffmann begründeten in der letzten kommunistischen Fraktionssitzung ihren Austritt aus der Partei damit, daß die Beschlüsse des Parteitages im schärften Gegensatz zu den Beschlüssen des Moskauer Weltkongresses ständen und daß innerhalb der Partei die halbmarxistischen und ganzanarchistischen Tendenzen gestiegt hätten. Die Situation in der Partei sei derart, daß sie sich eine fruchtbare Arbeit in der Partei nicht versprechen könnten. Die Note Fahne gibt ihrem Erstaunen über diese Begründung Ausdruck, das Verhalten der beiden Ausgetretenen werde von den Mitgliedern als völlig unmotivierter Schlag gegen die kommunistische Partei empfunden werden.

## Marg, Vorsitzender der Zentrumsfraktion.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages wählte gestern an Stelle des verstorbenen Trimborn den Reichstagsabgeordneten Marg zum Vorsitzenden.

## Das Echo von Görlich.

Der Widerhall, den der Parteitag der Rechtssozialisten in der sozialistischen Presse gefunden hat, muß selbst die Macher der gelungenen Ueberrumpelung bedenklich stimmen. Der Vorwärts hat alle Hände voll zu tun, um den wachsenden Unwillen, der im eigenen Lager aufsteigt, zu beschwichtigen, und die verlegene Art, wie er das versucht, seine unschuldsvolle Frage, was denn eigentlich passiert sei, sein groteskes Unternehmen, die ganze Entrüstung als das Produkt eines lächerlichen Mißverständnisses hinzustellen, reden eine sehr deutliche Sprache, zeigen, wie wenig wohl es ihm und den Verantwortlichen für die Görlicher Beschlüsse in ihrer Haut ist. Das ist um so erklärlicher, als die große kompakte Majorität, die sich in Görlich für diese Beschlüsse zusammengefand, ein fast ebenso brüchiges Fundament ist, wie jene kompakte Mehrheit auf dem Kommunistentag in Jena, die den Zerfall dieser unglücklichen Partei nicht um einen Tag verzögert, sondern eher beschleunigt hat. Die SPD. ist freilich ein weit festeres Gebilde als die kommunistische Partei, und es wäre sträfliche Selbsttäuschung und eine Zerschlagung der Arbeiterschaft, wenn man von einem Zerfall der rechtssozialistischen Partei sprechen wollte. Dazu ist ihr großer Organisationsapparat, ist ihre starke Presse noch viel zu fest. Und dieser Parteiapparat ist, das hat eben Görlich gezeigt, durchaus in der Hand der oberen Führungsschicht, die die Görlicher Schwertung kommandiert hat. Einen Zerfall ihrer Partei, wie wir ihn bei den Kommunisten sich vollziehen sehen, haben die Leiter der Rechtssozialisten vorerst nicht zu befürchten. Aber sie müssen mit einem Anwachsen der Opposition, die sie in Görlich so schön über den Köpfen barbiert haben, und mit einem Anwachsen der Parteiverdroffenheit, mit einem Abfall von Anhängern rechnen, und sie wissen nicht, wohin diese Entwicklung führen wird. Sie müssen eine innere Schwächung und damit auch eine Schwächung in ihren Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei befürchten und deshalb die krampfhaften Versuche, den Görlicher Beschluß vor ihren Anhängern als eine ganz harmlose Sache hinzustellen, die eigentlich zu nichts verpflichtet und sogar den Weg zu einer Koalitionsverbreiterung nach links offen läßt.

Sie sind zu schlau gewesen. Sie haben die Kunst der Ueberrumpelung gar zu hoch geachtet, und das nicht in der Verhandlung mit den Gegnern, sondern in der Behandlung ihrer eigenen Anhänger. Görlich war eine Ueberrumpelung; nach allem, was vorausgegangen war, mußten die Mitgliedschaften genau das Entgegengesetzte von diesem Parteitag erwarten. Wie sehr die Tagung eine Ueberrumpelung war, das zeigt der überaus charakteristische Zuberartikel, den Professor Dr. Paul Leusch in der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Blatt des Herrn Stinnes, veröffentlicht hat. Er sagt darin:

„Und so sah sich die große deutsche Sozialdemokratie über Nacht gezwungen, aus schwarz weiß zu machen und zu verbrennen, was sie bis dahin angebetet hatte. Ein unerhörtes Schauspiel! Buchstäblich über Nacht! Denn noch die Begrüßungsartikel vor dem Zusammentritt des Parteitages verrieten mit keinem Wort, was in Görlich bevorstand. Die Delegierten hatten keine Ahnung, welchem schicksalvollen Parteitag sie entgegenrollten. Um so mehr wird man das taktische Geschick bewundern müssen, mit dem die Leitung auf dem allerdings sehr harmonisch eingespielten Parteielement zu spielen verstand. Jetzt, nachdem sie einmal die absolute Notwendigkeit eingesehen hatte, mit der alten Kattaktionsmethode zu brechen, setzte sie sich — das ist ausdrücklich anzuerkennen — mit höchster Energie dafür ein. Freilich schwer war der Sieg nicht. Es war merkwürdig, wie wenig von einer zeitlich feststehenden und eindrucksvollen Opposition zu spüren war. Hier wurde nicht um eine neue Erkenntnis gerungen. Im Gegenteil. Der Apfel war schier überreif und fiel beim ersten Schütteln ins Gras.“

In der Tat! Das taktische Geschick, mit dem der Parteivorstand auf dem sehr harmonisch eingespielten Parteielement zu spielen verstand, war ebenso bewundernswürdig, wie das Verlagen der Opposition kläglich war. Aber in der Politik ist denn doch nicht die Macht das Ausschlaggebende, und der Parteiführer, der seine Politik lediglich auf sein Geschick stellt, seine Anhängererschaft im gegebenen Moment herumzutreiben, der wird bald merken, daß er keine feste Grundlage durch solches Verfahren gewinnen kann. Gerade die Ueberrumpelung muß die Enttäuschung und Erbitterung jener, die von Görlich die Förderung der Einigungsabwägung erwartet haben, um so größer machen. Und je mehr die Folgen von Görlich sich zeigen werden, und je mehr die Bedeutung der Beschlüsse dieses Parteitages den rechtssozialistischen Mitgliedschaften bewußt werden, um so größer muß die Zahl der Enttäuschten und Verbitterten werden. Und es wird ihnen durch alle polemischen Kunststücke des Vorwärts und der in seinem Fahrwasser segelnden andern rechtssozialistischen Blätter auf die Dauer nicht verborgen werden können, daß diese Tagung von Görlich einen tiefen Einschnitt in die Entwicklung der rechtssozialistischen Partei bedeutet, daß sie dort eine Veränderung ihres Wesens erfahren oder mindestens, daß sie sich dort zu dieser Wandlung ihres Wesens bewußt bekannt hat. Es wird den besten, den denkenden Elementen der rechtssozialistischen Mitgliedschaften